

Wer im Thurgau einen Hund hält, dessen Rasse als gefährlich eingestuft ist, braucht eine Bewilligung. Die Kynologische Gesellschaft wehrt sich dagegen. Die St. Galler Regierung will keine Rassenliste.

Rassenliste bleibt umstritten

CHRISTOF WIDMER

FRAUENFELD. Dobermann, Rottweiler, Bull Terrier oder Pitt Bulls – Hunde dieser Rassen haben ein schlechtes Image. Pitt Bulls etwa bissen vor zehn Jahren in Glattbrugg einen Buben zu Tode. Solche Vorfälle veranlassten auch den Kanton Thurgau, ein strenges Hundegesetz zu erlassen. Er hat 2008 eine Liste mit vierzehn gefährlichen Hunderassen zusammengestellt (Kasten). Wer einen Listen-Hund halten will, muss zahlreiche administrative Hürden bewältigen.

Nötig ist ein Gesuch beim Veterinäramt. Gesuchsteller müssen nachweisen, dass sie nicht bevormundet sind. Sie müssen dem Gesuch einen Strafregisterauszug, Nachweispaapere über die Herkunft des Hundes und 500 Franken Vorschuss für die Bearbeitungsgebühren beilegen. Das ganze Prozedere ist nicht nur für den Halter nötig, sondern für alle Personen, die mit dem Tier spazieren gehen. Erklärtes Ziel ist, durch diese Hürden die Zahl der gefährlichen Hunde im Kanton zu reduzieren.

Noch 370 Listen-Hunde

Tatsächlich gibt es im Thurgau mittlerweile weniger von diesen Hunden. Ende 2008 waren 440 Vertreter dieser Rassen im Thurgau registriert. Mittlerweile sind es noch etwa 370. Diese Zahl habe sich seit 2011 eingependelt, sagt der zuständige Amtstierarzt Ulrich Weideli. «Seither haben wir etwa gleich viele Abgänge wie Zugänge.» Insgesamt gibt es aber mehr Hunde im Thurgau. Ihre Zahl ist von 17000 auf über 18000 gestiegen.

«Die Rassenliste hat sich bewährt», sagt Weideli. Es habe in den letzten Jahren nur einzelne Zwischenfälle mit als gefährlich eingestuften Hunden gegeben – und diese seien nicht gravierender gewesen als Zwischenfälle mit anderen Hunden. Die Regelung biete auch eine Handhabe, um einzugreifen, wenn sich ein Halter als ungeeignet für eine der potenziell gefährlichen Rassen erweist. Es sei schon vorgekommen, dass das Veterinäramt eine Bewilligung entzogen habe.

Rassenlisten, wie sie der Thurgau kennt, sind aber umstritten. So will die St. Galler Regierung bei der anstehenden Revision des kantonalen Hundegesetzes auf dieses Instrument verzichten. Wissenschaftlich seien solche Listen nicht begründbar, lautet das Argument. Beissattacken

könnten von Hunden aller Rassen ausgehen. Auch der Kanton Appenzell Ausserrhoden verzichtete in seiner jüngsten Revision auf eine Rassenliste. Zu reden gab hier vor allem die – schliesslich verworfene – Leinenpflicht.

Rassenliste Im Thurgau nur mit Bewilligung

Der Kanton Thurgau führt folgende Rassen auf seiner Liste bewilligungspflichtiger Hunde:

- American Staffordshire Terrier
- Bull Terrier
- Cane Corso
- Dobermann
- Dogo Argentino
- Fila Brasileiro
- Mastiff (und Bullmastiff)
- Mastin Español
- Mastino Napoletano
- Presa Canario (Alano, Dogo Canario)
- Rottweiler
- Staffordshire Bull Terrier
- Tosa
- Typ Pitbull (wid)

Der Verzicht auf eine Rassenliste entspricht der Forderung der Hundehaltervereine. Die Nordostschweizerische Vereinigung der Sektionen der Schweizerischen Kynologischen Gesellschaft bekämpfte die Rassenliste im Thurgau. «Die meisten Beissunfälle geschehen im eigenen Haushalt mit Familienhunden», sagt Präsidentin Gerda Messmer aus Riedt. Einzelne Rassen unter Generalverdacht zu stellen, sei problematisch. Aus Sicht Messmers wären Massnahmen, die auf den einzelnen Hund abstellen, sinnvoller. «Auffällige Hunde können auch im Kurs für den Sachkundenachweis erkannt werden.» Dieser Kurs ist für alle obligatorisch, die sich einen Hund anschaffen.

Plattform startet im August

Alle Grabser Kinder und Jugendlichen von der vierten Klasse bis zur dritten Oberstufe erhalten zum Schulbeginn eine Einführung und die persönlichen Zugangsdaten zur interaktiven Ideenbörse, die auf dem Internet aufgeschaltet ist. Programmiert haben das Tool Schüler einer Informatikerklasse am Berufsschulzentrum Buchs. Auf dieser Plattform können die jungen Leute ihre Ideen einbringen und über Vorschläge diskutieren, sich über politische Fragen austauschen und eine Haltung dazu entwickeln. Die Behörden können über diese Plattform jugendgerecht aufbereitete und präsentierte Infor-

mationen über aktuelle Geschäfte und Prozesse verbreiten und die Meinung der Jugendlichen dazu einholen.

Das Tool ist überwacht, damit es nicht missbraucht werden kann (Stichwort Mobbing). Die User, die allesamt identifizierbar sind, können ihre Einträge nicht selber wieder löschen. So wird an ihre Eigenverantwortung appelliert.

Eine Begleitgruppe gewährt den Informationstransfer zu den Behör-

den und Kommissionen, in deren Zuständigkeit die Ideen und Stimmungsbilder auf der Plattform gehören. So verkommt das Projekt nicht zum Alibi.

Fordern allein reicht nicht

André Fernandez kann sich vorstellen, dass die Wahlen im Herbst durchaus auf Interesse stossen, wenn das Thema jugendgerecht angestossen werde. Bei «ePartizipation» geht es aber um mehr als nur ums Mit-



Ein Hundehalter spielt mit seinem Bull Terrier. Im Kanton Thurgau wäre für das Halten dieses Hundes eine Bewilligung nötig. Bild: fotolia

Richtungswahl Mehr Schöne ins Bundeshaus

Schöne Menschen hätten es im Leben leichter, heisst es. Ob das auch für die Politik gilt? Entsprechende Studien sind nicht bekannt, und ein Blick in den National- und Ständeratssaal führt zu einem zwiespältigen Schluss.

Die CVP des Kantons Bern jedenfalls scheint an den Zusammenhang



WAHLEN 2015 National- und Ständerat

von Aussehen und Erfolg zu glauben. Auf ihrer Liste kandidiert Keshtjella Pepshi, vor fünf Jahren Miss Kosovo, für den Nationalrat. Ihre Schönheit, so viel lässt sich jetzt schon sagen, hat die Jahre seit der Krönung schadlos überstanden. Und einen Wahlerfolg, lästert die NZZ, hat sie auch schon vorzuweisen.

Sollte Keshtjella Pepshi tatsächlich gut abschneiden, könnte das jungen Frauen gerade auch in der Ostschweiz neue Perspektiven eröffnen. Die Miss-Ostschweiz-Wahlen nämlich haben ihren langjährigen Hauptsponsor verloren. Die Hoffnung des Möbelhauses, mehr junge Kundenschaft ins Geschäft zu locken, habe sich nicht erfüllt, heisst es. Denkbare darum, dass mögliche Missen jetzt den Weg zum Modelvertrag über das Schaulaufen in der Politik anstreben.

Freie Listenplätze jedenfalls gibt es genug. Und Kandidatinnen nimmt ohnehin (fast) jede Partei mit Handkuss. Verhinderten Missen, die sich ideologisch nicht belasten wollen, bleibt zudem die Möglichkeit einer eigenen Liste. Der Namensgebung sind kaum Grenzen gesetzt: «Jung und Schön» wäre ebenso statthaft wie «Besorgte Grazien» oder «Bern muss schöner werden».

Monothematisch orientierte Parteien gab es schon früher – und sie waren nicht immer nur Mauerblümchen. Man denke an die Auto-partei, auf dem Höhepunkt 1991 mit acht Nationalräten im Parlament vertreten. Dieses Jahr feiert sie ihren 30. Geburtstag. Zwischenzeitlich als Freiheitspartei leicht von der Spur abgekommen, sucht sie heute als autopartei.ch an alte Erfolge anzuknüpfen. Bislang erfolglos. Einer Partei der Hübschen und Langbeinigen müsste es nicht zwingend gleich ergehen. Zumindest als Partnerin für Listenverbindungen wäre sie zweifellos gefragt. Da spielt schon heute praktisch keine Rolle mehr, wer in der realen Politik welche Positionen vertritt. (lt)

In Grabs startet das Modellvorhaben «ePartizipation für Kinder und Jugendliche». Ziel ist die Motivation zum Mitwirken an der Gemeindeentwicklung. Ab 2017 soll die interaktive Plattform schweizweit zur Verfügung stehen.

Jugendgerecht politisches Interesse wecken

HEINI SCHWENDENER

GRABS. Kinder und Jugendliche seien apolitisch, heisst es landläufig. Schülerumfragen in Grabs haben ein differenzierteres Bild ergeben. Junge Menschen würden sich am politischen Geschehen beteiligen, wenn es auf sie zugeschnittene Instrumente dafür gäbe. Dabei spielt die webbasierte Kommunikation und Interaktion über Smartphones eine zentrale Rolle. Der für Jugendfragen zuständige Gemeinderat André Fernandez handelte. Im Projekt «eSociety Bodensee 2020» der Fachhochschule St. Gallen (FHS), der Universität Liechtenstein und der Zeppelin Universität Friedrichshafen fand er offene Ohren für sein Anliegen.

Von der Theorie zur Praxis

«eSociety» möchte durch den Einsatz innovativer Informations- und Kommunikationstechnologie (IKT) die offene gesellschaftliche Innovation fördern. Was theoretisch tönt, kann beispielhaft am Projekt «eParti-

Modellvorhaben 64 000 Franken vom Bund

Das Projekt «ePartizipation» in Grabs profitiert von der Finanzhilfe für Modellvorhaben von gesamtschweizerischer Bedeutung. Weil es Modellcharakter hat für die Weiterentwicklung ausserschulischer Arbeit und innovative, das heisst schweizweit einzigartige Ansätze in einer Vorreiterrolle verfolgt, wird es vom Bund mit 64 000 Franken unterstützt.

30 000 Franken an die Gesamtkosten von 128 300 Franken bezahlt der Kanton St. Gallen, 8000 Franken die Gemeinde Grabs. Der Rest wird gedeckt durch Eigenmittel der Projektpartner. «ePartizipation» wird bis zum Abschluss im Frühjahr 2017 so dokumentiert, dass es auch auf andere Gemeinden in der Schweiz übertragen werden kann. (she)